

Protokoll Kreismitgliederversammlung 22. Januar 2020

Amnesty International, Waldstr. 24-28, 76133 Karlsruhe

Beginn : 19.30 Uhr, Ende: 21:55 Uhr

Protokollant: JF; Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

1. Begrüßung (TF)

TF begrüßt die Anwesenden und stellt die Tagesordnung vor: - Wahl der Findungskommission Kandidat*innen Bundestagswahl, - Vorstellung Zwischenergebnis Verhandlungen mit Frank Mentruo und – Gespräch mit Frank Mentrup. Er schlägt AG als Wahlleitung vor, mit keiner Gegenstimme oder Enthaltung per Akklamation gewählt.

2. Findungskommission Kandidat*innen Bundestagswahl

Erster Wahlgang: der Kreisvorstand hat SD und ER nominiert als Vertreterinnen des Vorstand in diesem Gremium. Die beiden stellen sich kurz vor. Vorschlag: Wahl per Akklamation, zu diesem Verfahrensvorschlag keine Gegenstimme; SD und ER werden gewählt.

Zweiter Wahlgang: Frauenplätze aus der Basis, AR bewirbt sich, keine weitere Bewerbung. Nach kurzer Vorstellung auch hier nach Abstimmung Wahl durch Akklamation.

Dritter Wahlgang offene Plätze Basis: SH bewirbt sich, keine weitere Bewerbung. Nach kurzer Vorstellung auch hier nach Abstimmung Wahl durch Akklamation.

Vierter Wahlgang: zwei weitere offene Plätze: RR und UL bewerben sich, keine weitere Bewerbung. Nach kurzer Vorstellung auch hier nach Abstimmung Wahl durch Akklamation.

Die Findungskommission Kandidat*innen Bundestagswahl besteht damit aus Sarah Dußler, Elly Reich, Anke Rigbers, Sönke Haas, Renate Rastätter und Ute Leidig.

3. Vorstellung Zwischenergebnis Verhandlungen (BT und EW)

Der Kreisvorstand hat sich nach der KMV vom November daran gemacht, ein Vertragspapier als Verhandlungsbasis zu erarbeiten. Er hatte da die Fraktion um Mithilfe gebeten und hat letztlich vor den Weihnachtsferien ein umfangreiches Papier an die SPD und den OB geschickt.

Gleich im neuen Jahr hatten sie dann noch einmal eine Verhandlungsrunde. Dabei waren sich GRÜNE und SPD in vielen Punkten einig, ein paar andere ließen sich leicht bereinigen, aber es gibt auch Themen, bei denen bisher keine Einigkeit erzielt worden ist. Folgenden

Zwischenstand präsentieren Baran und Elisa (ganz wichtig: keinen Anspruch auf Vollständigkeit, das ist ein Auszug):

Klimaschutz: Unser Ausgangspunkt: Klimaneutralität der Verwaltung bis 2030, Gesamtstadt bis 2035. Verhandlungspartner: Jahreszahlen aus dem Klimaschutzkonzept, also Verwaltung bis 2040, Gesamtstadt bis 2050. Einigkeit aber insoweit, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Ziele schon eher zu erreichen

- Konsens: Entscheidungsvorlagen im Gemeinderat sollen künftig eine Bewertung der Klimaauswirkungen enthalten
- Bis Mitte 2022 die städtischen Gesellschaften auf Ökostrom umstellen
- Stadtwerke bauen ihr Stromangebot aus regenerativen Quellen aus.
- Mobilität: Konsens, dass wir uns auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität an der Mobilitätsstudie der Stiftung Baden-Württemberg orientieren wollen UND wir als wohlhabende Stadt aber auf jeden Fall mehr erreichen müssen als der Landesdurchschnitt.
- Dissens: 90 % Umweltverbund
- Konsens: Innenstadt weitgehend Freihalten vom motorisierten Individualverkehr bis 2030 mit Ausnahmen (Rettungswagen etc. pp.)
- Rad-Ringroute
- Nicht einig bzgl. Hitzeinseln – wir wollen gerne besonders heiße Orte identifizieren und dort wirksame Maßnahmen umsetzen, also insbesondere Verkehr reduzieren – da sind wir uns nicht einig, wie viele wir uns als Ziel setzen sollen und welche Maßnahmen in Betracht kommen
- Konsens: weitere Tempo-30-Zonen

Stadtplanung: hier viel Einigkeit

- OB setzt sich für bessere Ausnutzung der Festsetzungsmöglichkeiten in B-Plänen ein
- Photovoltaik auf Dächern als Standard
- Keine Neuausweisungen von Baugebieten im Außenbereich über den FNP 2030 hinaus
- Der Bahnhofsvorplatz soll so grün wie möglich werden

Thema Wohnen: Volkswohnung: da wollen wir darauf hinwirken, dass ein deutlich höherer Anteil der Wohnungen in Sozialbindung und barrierearm errichtet wird; außerdem soll es keine Gewinnabführung an die Stadt geben soll

Biodiversität: Pestizideinsatz reduzieren (Konsens) Die Stadt soll bei ihren eigenen verpachteten Flächen den Ausstieg aus insektentötenden Ackergiften durchsetzen. Glyphosat und bienentötende Pestizide dürfen auf neu zu verpachtenden städtischen Flächen nicht eingesetzt werden. Mit den landwirtschaftlichen Betrieben, die bereits städtische Flächen pachten, wird ein Pestizidreduktionsplan vereinbart, der zu einer deutlichen Reduktion der eingesetzten Pestizidmenge bei gleichzeitigem Erhalt der Wirtschaftlichkeit der Betriebe führen soll.

(Klarer formulieren: kein Glyphosat und Pestizide ist das Ziel & soll jetzt schon für alle neu zu verpachtenden Flächen gelten, Pestizidreduktionsplan dient dazu, dieses Ziel zu erreichen auch mit Landwirten, die bestehende Pachtverträge haben)

Ökologische Landwirtschaft (Konsens) Ökologische Landwirtschaft wird gefördert. Die Stadt fördert Modelle der solidarischen Landwirtschaft und sieht hierfür einen angemessenen Anteil von Pachtflächen vor.

Tierschutz (Konsens) Es wird die Stelle eine*r kommunalen Tierschutzbeauftragte*n nach Mannheimer Vorbild geschaffen.

(Die Aufgaben der ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten bestehen vor allem darin, den Informationsaustausch im Bereich Tierschutz zu fördern, die öffentliche Diskussion zu Tierschutzthemen zu begleiten und Projekte zu aktuellen Problemen zu initiieren und zu unterstützen. Daneben berät und unterstützt sie die Mannheimerinnen und Mannheimer in Fragen des Tierschutzes und bringt sich in verwaltungsinternen Arbeitsgruppen zu Belangen des Tierschutzrechts ein.)

Zoo (teils Dissens in Bezug auf Haltung Menschenaffen; Kompromiss erzielt) Die Haltungsbedingungen der Tiere im Karlsruher Zoo werden systematisch verbessert. Der Zoo als Artenschutzzentrum soll auch den Fortbestand einheimischer seltener Haustierrassen und einheimischer Wildtierarten sichern, hierfür wird als Standort der Tierpark Oberwald geprüft. Tierschutzprojekte im Zoo wie zum Beispiel das „Altersheim“ für alte Zirkuselefanten werden unterstützt.

Das Zookonzept soll in Bezug auf die Haltung von Menschenaffen unter Berücksichtigung fachlicher Einwände überarbeitet und weiterentwickelt werden. Fachliche Diskussion unter Expert*innen.

Schule, Kita und Bewegung (Konsens mit Dissens bzgl. Beitragsfreiheit) Die Entwicklung zur Beitragsfreiheit darf nicht zulasten der Qualitätsentwicklung der Kitas gehen. Die Höhe der Beitragssätze wird nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt.

(Die SPD schreibt, dass sie eine völlig beitragsfreie Kita wollen und auch das Volksbegehren unterstützen wollen, wenn es denn kommt. Sie orientiert sich an Rheinland-Pfalz. Wir Grüne sehen die Priorität in der Qualitätsentwicklung und dem Ausbau. Dabei gibt es gewaltige Herausforderungen. Deshalb setzen wir uns zunächst für sozial gerechte Kitagebühren ein. Beitragsfreiheit kann es also erst nach einer längeren Übergangszeit geben. Das ist auch die Position der grünen Landtagsfraktion. Interessanterweise sieht Frank das genauso, wie er beim letzten Treffen betont hat. Unser grünes Mitglied BG hat dem Vorstand berichtet, dass er vor kurzem in Rheinland-Pfalz als Referent war. Das Kitapersonal sowie die Eltern dort stöhnen, weil wegen der Beitragsfreiheit die Qualität auf der Strecke geblieben ist.)

Integrative und gerechte Gesellschaft (Konsens): Ausländerbehörde → Einstellung!
Ermöglichende statt verhindernde Haltung; Willkommensbehörde, Ermessensspielräume ausnutzen

Die Ausländerbehörde wird zu einer Willkommensbehörde weiterentwickelt, die ihrer wichtigen Rolle in einer weltoffenen und zukunftsgerichteten Stadt gerecht wird. Der Oberbürgermeister unterstützt sie bei dieser Entwicklung und setzt sich insbesondere dafür ein, dass die Ermessensspielräume zugunsten gut integrierter Geflüchteter vollumfänglich ausgenutzt werden.

Frauen- und LSBTTIQ*-Rechte (Konsens) Die Stadt Karlsruhe setzt sich weiter für eine vielfältige Gesellschaft und die Belange der LSBTTIQ*-Community ein.

Armut bekämpfen (Konsens) Der Kinderpass soll weiter ausgebaut werden.

Ein wichtiges Instrument, um allen Kindern die gleichen Chancen zu ermöglichen, ist der Karlsruher Kinderpass. Dazu beinhaltet der Karlsruher Kinderpass verschiedene Leistungen in

Form von freien Eintritten, Vergünstigungen oder Gutscheinen für die umfangreichen Angebote der teilnehmenden Gemeinden aus den Bereichen Freizeit, Sport, Kultur, Bildung und Mobilität.

Kultur (Konsens) Projekt „Platz des Friedens“ (ursprünglich grüne Forderung: Friedensdenkmal weiterentwickelt)

Die Stadt erarbeitet ein Konzept in Zusammenarbeit mit der „Initiative für ein Friedensdenkmal“ für die Schaffung z.B. eines Friedensplatzes.

Faire Beschaffung (Konsens) Ökologische und soziale Kriterien sollen bis 2025 bei allen Vergaben öffentlicher Aufträge angewandt werden. Die Zentrale Vergabestelle muss dafür gestärkt werden über mindestens eine zusätzliche Stelle und mehr Mittel für Workshops etc., um die Anwendung der Kriterien auch bei der dezentralen Vergabe zu fördern. Zentrale Kriterien bei Beschaffung und Vergabe sollen Klima-, Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie Regionalität sein.

Desinvestieren (Konsens) Karlsruhe soll Vorreiterin beim Desinvestieren aus fossilen Energieträgern und Geldanlagen werden. Es wird gemeinsam mit Expert*innen (bspw. von der Sparkasse) ein Investitionskonzept für die Stadt und die städtischen Gesellschaften entwickelt, um Investments künftig so zu platzieren, dass Energiewende und Klimaschutz unterstützt werden.

Baden Airpark (Konsens) Der Ausstieg aus der Beteiligung am Baden Airpark wird – im Rahmen einer schlüssigen Gesamtlösung auch im Hinblick auf die betroffenen Arbeitsplätze und unter Einbeziehung des Verkehrsministeriums – zum nächstmöglichen Zeitpunkt angestrebt. Die Stadt setzt sich auf Landesebene dafür ein, den Flugverkehr zu reduzieren und langfristig den Baden Airpark als Regionalflughafen zu schließen.

(Anmerkung: Im Anschluss von Frank Mentrup anders dargestellt; wird noch Gegenstand der Verhandlungen sein müssen).

Hintergrundinfos: Die Baden-Airpark GmbH verfügt über ein Stammkapital von 25 Millionen Euro und ist zu 66,6 % eine Tochtergesellschaft der Flughafen Stuttgart GmbH, die wiederum zu 35 % der Stadt Stuttgart und zu 65 % dem Land Baden-Württemberg gehört. Das restliche Drittel wird von der Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH gehalten, an der die namensgebenden Städte Karlsruhe (43,9 %) und Baden-Baden (15,61 %) sowie die Landkreise Rastatt und Karlsruhe (je 12,68 %), die Gemeinden Hügelshausen und Rheinmünster (je 4,88 %) und die Städte Bühl (4,15 %) und Rheinau (1,22 %) beteiligt sind.

4. Gespräch mit Frank Mentrup

(bis zum Ende des Vortrags von Frank Mentrup konnten die Anwesenden Fragen in Boxen einwerfen; es wurden abwechselnd auch mündliche Fragen von der Moderation AG und SD angenommen; die Fragen der Mitglieder samt Antworten finden sich ab Seite 6 in diesem Protokoll)

Eingangsinput von Frank Mentrup:

Er erinnerte an die vergangene Nominierung: Er war gemeinsamer Kandidat der GRÜNEN und der SPD. Er würde dies gerne bei der anstehenden Wahl wiederholen.

FM nahm daraufhin Bezug auf den von Elisa Weintraub und Baran Topal vorgetragenen Zwischenstand der Verhandlungen und ging auf die kritischen Punkte ein:

- Klimaneutralität der Verwaltung bis 2030 und der Gesamtstadt bis 2035 fände er zwar wünschenswert. Dies sei aber unrealistisch. Selbst die von der Landesregierung vorgegebenen Zahlen von 2040 bzw. 2050 seien extrem ambitioniert und nur mit hohem Kosten- und Personalaufwand zu erreichen. Er will da ehrlich sein und bittet darum, eine Formulierung zu finden, die realistisch ist.
- Zum Thema Mobilität und Individualverkehr mit dem PKW: Hierzu soll das Landesgutachten umgesetzt werden, dass eine Reduzierung um 1/3 des PKW-Individualverkehrs vorgibt. Eine Reduzierung um 2/3 ist in seinen Augen nicht machbar.
- Zum Thema Autofreie Innenstadt: Jeder verstehe hierunter etwas anderes. FM kann sich hier viel vorstellen, unter der Voraussetzung, dass z.B. der Verkehr auf der Kriegstraße weiter fließen kann. Wichtig ist ihm, dass öffentliche Flächen lebenswerter werden. Er bittet um Konkretisierung, was man genau möchte.
- Zum Thema Hitzeinseln: FM möchte die 20 Hotspots identifizieren. Seine Vermutung: Darunter werden sich mindestens 15 viel befahrene Kreuzungen befinden. Diese Kreuzungen autofrei zu machen, wäre aus seiner Sicht unrealistisch. Aber man kann da an vielen alternativen Konzepten arbeiten.
- Zum Thema Zoo und Primatenhaltung: Es gibt ein Zookonzept. Der Zoodirektor soll auch die Möglichkeit bekommen, seine Ideen umzusetzen. Beim Zoodirektor gibt es Fachkompetenz in der Primatenhaltung. Dies sollte man nutzen, um z.B. die Nachzucht von Orang-Utans zu ermöglichen. FM bietet an, einen Fachausschuss einzusetzen. Wenn dieser Ausschuss das Ergebnis bringt, dass es nicht möglich ist, Primaten artgerecht zu halten, dann ist das so. Die Ergebnisse des Ausschusses sollen umgesetzt werden.
- Generell bittet FM darum, den Forderungsbogen nicht zu überspannen.
- Zum Thema Baden Airpark: Die Stadt kann den Airpark nicht alleine schließen. FM möchte die Anteile halten, um gestalten zu können. Er möchte den Baden Airpark attraktiver machen, z.B. als Testflughafen für ein Wasserstoffflugzeug (hierzu habe es schon Gespräche mit Landesverkehrsminister Winfried Hermann gegeben). Synthetische Kraftstoffe sollen ebenfalls getestet werden. Der Baden Airpark soll ein Experimentierfeld werden. Die Beteiligung soll dazu genutzt werden, dass der Baden Airpark klimaneutral wird. FM verweist auch auf die Arbeitsplätze, die er erhalten möchte.
- Generell gibt FM an, dass er keine unehrliche Zielvereinbarung eingehen möchte.
- Zum Thema Flüchtlinge: FM will Geflüchteten helfen, sieht bei der Stadt aber nur wenig Spielraum. Er drängt aber darauf, dass dieser Spielraum voll ausgenutzt wird. Allerdings geht dies immer nur nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidium (denn das RP hat das letzte Wort).
- Zum Thema Rücksprache bei Auftritten mit hochsensiblen Themen: Diese Forderung ist für FM nicht umsetzbar. FM ist bemüht um den einen Konsens mit dem Gemeinderat. In seinen Repräsentationspflichten muss er aber auch mal zu Veranstaltungen gehen, die ihm nicht liegen oder inhaltlich nicht immer auf seiner oder unserer Linie liegen. Er hat kein Problem damit, seine Meinung anzupassen, wenn seine Kenntnislage sich ändert.
- Generell weißt FM darauf hin, dass es in kommunalen Bereichen keine Regierung und Opposition gibt. Aber man kann es schaffen, sich in vielen Punkten zu einigen.

Fragen der Mitglieder an Frank Mentrup:

Thema Fachkräftemangel. Gibt es eine Idee der Stadt dazu, wie man dem Fachkräftemangel entgegenzutreten kann?

Karlsruhe ist auch Ausbildungsbetrieb. Der Gemeinderat hat beschlossen, die PIA-Ausbildung für Erzieher*innen weitestgehend kostenfrei umzusetzen. Es gibt ein Pflegeproblem in der Stadt, dafür gibt es noch keine Lösung. Aber bis dato konnte der starke Einsatz von Leiharbeit im Städtischen Klinikum vermieden werden. Die Stadt kann Anreize setzen, gerade auch bei Jugendlichen mit schwierigem schulischem Hintergrund oder mit Brüchen im Lebenslauf. Da will die Stadt weiter dranbleiben.

Thema Baden Airpark: 4,9 Millionen Euro Verlust im letzten Jahr. Wie soll mit dem Defizit umgegangen werden und wie die Erfolgstantiemen des Geschäftsführers (denn solche Verluste kann man wohl kaum als Erfolg bezeichnen)?

Manfred Jung (GF der Baden-Airpark GmbH) ist es gelungen, eine schwarze Null im operativen Geschäft zu erwirtschaften. Die Abschreibung treibt die Bilanz in die negativen Zahlen. Die Zielvereinbarungen sind aber an diese operative schwarze Null geknüpft und somit legitim. Was das Defizit angeht: Es wird kein weiteres Kapital nachgeschossen. Bleibt es bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung, ist das Ende des Baden Airparks absehbar.

Die Aussagen von FM zum Divestment im Baden Airpark wurde nicht als schlüssig empfunden. Wie steht FM generell zu Divestment?

Mit der Sparkasse und der BGV will er das Thema Divestment nach vorne bringen und er möchte, „dass Karlsruher zur Speerspitze beim Thema Divestment“ werden kann. Was den Baden Airpark angeht: Man würde ein Steuerungselement aufgeben, wenn man aussteigen würde. Auch müsste dann das Gewerbegebiet vom Flughafen entkoppelt werden soll. Er kann nicht erkennen, was es für den Klimaschutz bringen soll, wenn die Stadt aus dem Baden Airpark aussteigen würde (denn dann würden die Flugzeuge ja trotzdem weiter abheben). „Ich kann mich von dem Trennen, was meine Bilanz schwer macht. Oder man nimmt die Herausforderung an. Ich bin für den zweiten Weg.“

Thema Klimaneutrale Verwaltung: Die Verwaltung ist in der Hand der Stadt. Da kann man ambitionierter werden. Was kann die Stadt bzw. der Oberbürgermeister da tun?

Hier ambitionierter zu werden, sieht FM schwierig. Er ist nicht gegen das Ziel, nur hält er die Erreichung für aussichtslos. Wiederum verweist er auf den hohen Kosten- und Personalaufwand, der nicht zu stemmen sei.

Thema Hotspots: Karlsruhe stehe im nationalen Vergleich auf der Hotspotliste ganz oben auf der Liste (+4°C im Vergleich zum Umland). Kann man da besondere Anstrengungen machen?

FM gibt zu, dass Karlsruhe der größte Hotspot ist und merkt an: „...wir werden es [den Klimawandel – Anm. der Redaktion] besonders und als erste spüren“. Auch die Kanalisation wird uns Probleme machen, da mehr, stärkerer und häufigerer Starkregen zu erwarten ist. Die Stadt will das Maximum tun, um hier gutes zu erreichen. Aber es gäbe auch Positives: die Infrastruktur im Schienenbereich ist sehr gut, teils hervorragend. Hier sind noch Kapazitäten frei, die genutzt werden müssen.

Frage an die GRÜNE Verhandlungskommission: Gibt es das Verhandlungsergebnis auch schriftlich?

Die Ergebnisse der Verhandlung zwischen FM, der SPD und den GRÜNEN wird allen Mitgliedern vor der finalen Abstimmung im Februar zugänglich gemacht.

Kann die Stadt nicht mehr Anreize für Photovoltaikanlagen auf privaten Hausdächern schaffen?

FM merkt an, dass Karlsruhe Schlusslicht in der Bundesrepublik ist, was private PV-Anlagen angeht. Er regt an, dass Hauseigentümer gezielt angesprochen werden sollen. Es gibt 40-50 Förderprogramme verschiedene Förderprogramme in diesem Bereich. Die Anreize sind da. Die Stadtwerke und die KEK (Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur) die Bürger*innen ansprechen und Hilfe anbieten, denn „es amortisiert sich, hier zu investieren“.

Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen: Was kann die Stadt konkret tun?

„Resettlement“ soll weiter ausgebaut werden. „Was auf den griechischen Inseln abgeht, ist eine politische Sauerei ersten Grades“.

Anmerkung eines Teilnehmers: Die SPD und FM bleiben in der Verhandlung bei der Zielmarke Klimaneutralität bis 2050. Das entspricht nicht dem Pariser Klimaabkommen (1,5 °C) bzw. mit dieser Zielmarke ist es nicht zu erreichen. Sieht FM die Möglichkeiten, sich weiter auf uns zuzubewegen?

Wir arbeiten daran, die Rahmenbedingungen des Bundes so abzuändern, dass wir die Ziele schneller erreichen können. Wir können nur die Instrumente bestimmen, die Rahmenbedingungen setzt der Bund. Aber auch die Wahl der Mittel muss vom Gemeinderat mittragen werden. Wenn es schneller geht, möchte FM in die Pflicht genommen werden.

Anmerkung von Gisela Splett (Staatssekretärin im Finanzministerium BW) an die KMV: Sie spricht eine Warnung aus, sich an den Jahreszahlen festzubeißen. Ziele auf Papier nützen gar nichts. Man solle über konkrete Maßnahmen und Handeln vorankommen.

Welche Position hat die Stadt zur Erdölgewinnung in der Region?

„Es ist absurd!“ Die Technologieregion soll sich positionieren. Die Stadt soll sich dagegenstellen. Was jedoch die Geothermie angeht: Sie sei eine denkbare Technologie. FM will hier genau und kritisch prüfen lassen, was machbar ist.

Wie steht FM zur Nordtangente bzw. zur zweiten Rheinbrücke? Thema Nachverdichtung: Wo soll die Volkswohnung bauen? Wie hoch ist die Bereitschaft, ökologischen Aspekten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen zu geben?

Nordtangente: Ist für FM kein Thema. Umfahrung Hagsfeld und Rintheim: dies ist FM wichtig. Es ist das letzte Straßenbauprojekt, dass er mitgehen kann. Aber dieses Projekt war auch kein Thema bei den Verhandlungen. Die Rheinbrücke und die Anbindung an die B36 ist ein Dilemma. Wenn wir die Anbindung aber bauen müssen, muss Knielingen vom Durchgangsverkehr befreit werden.

Nachverdichtung VoWo: Ziel ist, dass man so nachverdichtet, dass es ökologisch nachher besser ist als vorher (z.B. durch Dachgärten, Fassadenbegrünung, Pocketparks etc.). Und die Wohnsituation der bestehenden Wohnungen darf nicht zu stark beeinträchtigt werden. Die Wohnungsnot soll uns nicht dazu bringen, in die Region hinauszuwachsen.

Werden konkrete Maßnahmen benannt werden, um den Individualverkehr um 1/3 zu reduzieren? Was könnte dies sein? Hauptstraßen Tempo 30, Nebenstraßen Tempo 20, echte Fahrradstraßen, Ausbau ÖPNV?

FM kann und will nichts versprechen, was er nicht halten kann. Er will sich dafür einsetzen, mehr zu tun und auf Bundes- und Landesebene die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Plan „Germany Zero“ will er gerne in den kommunalen Teilen in das Verhandlungspapier aufnehmen. FM spricht sich für stadtweite Tempo 30 aus. Es geht ihm dabei auch um die Qualität des Aufenthalts im öffentlichen Raum und darüber hinaus auch um Kindersicherheit. Zu den Themen Weiterentwicklung Fahrradstraßen, Fahrradringstraße und Ausbau Lastenräder: „Da

bin ich dabei.“ Er möchte auch eine Grünsatzung über Karlsruhe legen. Die Grünsatzung kann aber nur begrenzt rechtliche Rahmenbedingungen bieten. FM nennt das Beispiel der Stadt Kopenhagen: „Die sind uns 10 Jahre voraus.“ Ein Fahrradparkhaus in der Innenstadt ist im wichtig. Er möchte die Vernetzung der diversen Verkehrsmittel vorantreiben und nennt dazu als Beispiel „Regiomove“. Dieses Konzept soll ausgebaut werden. Kundenfreundliche Verknüpfung der diversen Verkehrsmittel sowie des Zu-Fuß-Gehens ist im wichtig.

Öffentlichkeitsarbeit. Was willst du tun, um als grüner OB wahrgenommen zu werden?

Er will gerne als grüner und SPD-Kandidat wahrgenommen werden und spricht das auch in der Presse an. Leider wird das nur selten von der Presse so weitergegeben. Er ist aber bereit, seine Anstrengungen in diesem zu intensivieren.

Anreiz für den ÖPNV: Ist kostenfreier ÖPNV möglich?

Karlsruhe hat einen großen Schienenanteil. Dadurch auch hohe Kosten. Wir sind im Bundesvergleich in der unteren Hälfte, was die Kosten pro Fahrt angeht. Die Kombilösung steigert jedoch die Gesamtkosten. Hinzu kommt, dass Bahnen erneuert werden müssen. Der Preis ist sei ein Faktor für die Attraktivität des ÖPNV, aber nicht der Hauptfaktor. In einem positiven Test in Mannheim sei der verbesserte Takt ausschlaggebend gewesen, warum sich die Zahl der ÖPNV-Nutzer erhöht hat, nicht der geringere Preis. Wir müssen weitere Finanzierungsmöglichkeiten für den ÖPNV erschließen (Citymaut als Beispiel)

Frauen in Führungspositionen: Was ist da möglich?

FM setzt sich für eine Quote ein. Leider ist die Bewerberlage aber auch schwierig. Eine Förderung von Frauen in der Sparkasse habe dazu geführt, dass die Frauen abgeworben wurden.

Was sind die Werte für Karlsruhe, wo willst du Karlsruhe hinführen? Was ist dein Kompass? Kannst du Vorkämpfer für den Klimaschutz sein? Und welche Mittel kann die Stadt bereitstellen?

FM gibt an, er wolle kein „Herrscher“ sein. Er wolle vielmehr die Menschen zusammenbringen. Er will die Expertise der Bürger, seiner Mitarbeiter und der Gemeinderäte unter einen Hut bringen. Er will Karlsruhe auf regionale Ebene, nationaler Ebene und internationaler Ebene einbinden und voranbringen. Er ist für ein buntes und vielfältige Karlsruhe. Karlsruhe habe in den letzten Jahren hohe Einnahmen gehabt. Diese Einnahmen kamen auch von Startups und innovativen Firmengründungen im IT-Bereich. Auf der anderen Seite werden sich die Personalkosten in den nächsten Jahren erhöhen. Ab 2022 werden wird der Gemeinderat einen Haushalt aufstellen, bei dem es schwer wird, ihn ausgeglichen zu gestalten. „Wir müssen uns daher auf eine Priorisierung festlegen.“

Wie steht FM zu mehr privaten PV-Anlagen, Wärme- und Energiespeicherung, Haltung zum Konsum im Allgemeinen?

Das Klimaschutzkonzept soll fortgeschrieben und erweitert werden. Zu Strom- und Wärmespeicherung sieht er sich fachlich nicht kompetent genug, um zu antworten. Beim Thema Konsum sieht er nicht die Zuständigkeit der Stadt. Die Stadt kann sich zwar über das Einkaufsverhalten der Verwaltung positionieren und eine Vorbildrolle einnehmen. Aber mehr sei nicht möglich.

Thema Windkraft: Kann die Stadt für das Thema Windkraft im Landkreis werben?

Windkraft ist ihm wichtig. Er würde gerne Vorbild sein mit der Stadt Karlsruhe. Leider sind kaum Plätze für neue Windkraftanlagen auf Stadtgebiet mehr ausweisbar. Und es sei dann schwierig, von anderen etwas zu fordern, was man selbst nicht leisten könne. Jedoch geht ihm der Nutzen der Windkraft vor „Landschaftsoptik“. Dies sei ein Argument, welches er nicht nachvollziehen

könne. Er sei im „Schatten eines Kohlekraftwerks aufgewachsen“. Der Dreck und die gesundheitlichen Beeinträchtigungen seien erheblich schlimmer.

Wird der negative Haushalt Auswirkungen auf die Ausweisung von Gewerbeflächen haben bzw. wird die Stadt weitere Gewerbeflächen ausweisen um mehr Einnahmen zu generieren?

Wachstumsvisionen: Wir geben uns Regeln für den Ausweis von Gewerbeflächen. Wäre es nicht gelungen, den IT-Bereich und Startups in Karlsruhe anzusiedeln, hätten wir nicht die Gewerbeeinnahmen, die wir jetzt haben. Wir sehen wenig Potential, Industrie anzusiedeln. Da fehlen die Flächen. Man will kein Wachstum um jeden Preis.

Frage an die SPD: Werdet ihr mithelfen, die Mittel für den Klimaschutz bereitzustellen?

Parsa Marvi antwortet: Er sagt zu, die Vereinbarung zu halten, auch mit der Fraktion.

Thema Digitaler Wandel: Was ist FMs Antwort auf die soziale Frage der Digitalisierung?

FM will nicht ganze Gruppen von Menschen abhängen. Er wolle die unterschiedlichen Bildungschancen abbauen. Gebundene Ganztagschule sind FM wichtig. „Wie erreiche ich die Menschen, wie binde ich sie ein? Digitalisierung ist erstmal die Frage, wo ich neue Techniken einsetze und mit welchem Ziel.“ Die Ziellinie müsse sein, dass die Digitalisierung unsere Lebensqualität steigert: In der Verwaltung, in den Schulen, für alte Menschen...

5. Verabschiedung

Um 21:55 Uhr verabschiedet der Kreisvorstand die Anwesenden und dankt Frank Mentrup und der SPD für ihr Kommen.